



MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 21.06.2019

SP setzt sich ein gegen Zersiedlung und will Kulturland besser schützen.

Der Luzerner Regierungsrat anerkennt die Anliegen der beiden Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft». Empfiehlt es jedoch, diese abzulehnen. Der Gesetzesinitiative stellt die Regierung einen Gegenvorschlag gegenüber. Die SP fordert, dass den Anliegen des Initiativkomitees Rechnung getragen wird und wird sich im Kantonsrat dafür einsetzen.

Am 22. Mai 2018 reichte ein überparteiliches Komitee die beiden Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft» ein. Diese verlangen, dass die Qualität in der Raumplanung verbessert wird und dem Schutz von Landschaft und Kulturland im Kanton Luzern besser Rechnung getragen wird.

«Es ist Zeit, umzudenken in der Bodenpolitik. Der Kanton trägt eine zentrale Rolle in der Raumplanung. Versucht der Kanton diese Verantwortung auf die Gemeinden abzuwälzen, fühlt sich niemand mehr verantwortlich für eine sorgfältige Überprüfung der Konsequenzen eines Bauvorhabens auf das Ökosystem und die Landschaft.», so Sara Muff, Kantonsrätin SP.

Aus stetem Wachstum resultiert meist Zersiedlung. Ökonomische Interessen werden oft höher gewichtet und der Kanton Luzern rühmt sich einer boomenden Baubranche. Dem daraus resultierenden Verlust von Kulturland gilt es nun jedoch aktiv entgegenzuwirken. Ist dieses doch zentral, für das Wohlbefinden der Bevölkerung und ein wichtiges Erkennungsmerkmal für den Tourismus.

Im Kanton Luzern befinden sich noch offene Landschaften und Kulturland, welche landwirtschaftlich nutzbar sind. Dies gilt es zu schützen. Die Böden können so für die Nahrungsmittelproduktion oder für eine intakte Umwelt erhalten werden.

Wir wollen die Biodiversität schützen, um die Vielfalt unserer Lebensräume intakt an folgende Generationen zu übergeben.

Wir müssen nun Massnahmen festlegen um die Landschaft sowie landwirtschaftlich nutzbare Flächen nachhaltig zu schützen, damit auch die kommenden Generationen noch davon profitieren können.

Die SP wird sich im Kantonsrat für die Annahme der beiden Volksinitiativen einsetzen.

Kontakt:

Sara Muff, SP Kantonsrätin, 079 534 33 84